

Alexander Flores über die systematische, brutale Vertreibung arabischer Palästinenser im Zuge der Gründung Israels – und die anhaltenden Folgen

ZIONISMUS UND „NAKBA“

Das arabische Wort „Nakba“ bedeutet „Katastrophe“. Heute bezeichnet Nakba die massenhafte Vertreibung und Flucht von Palästinensern während des arabisch-israelischen Kriegs von 1947 bis 1949. Erst der israelische Sieg in diesem Krieg ermöglichte die Gründung und Konsolidierung des Staates Israel. Für die Palästinenser waren diese Vertreibungen freilich die Katastrophe ihrer nationalen Existenz. Sie wirkt bis heute fort.

Der Konflikt selbst war eine Folge des Zionismus. Sein Ziel war es, möglichst viele Juden nach Palästina zu bringen und dort einen jüdischen Staat zu gründen. Der Zionismus war in Europa als defensives Projekt entstanden – als Antwort auf die Unterdrückung und Verfolgung von Juden im nationalistisch aufgeladenen Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Auf Pogrome und Diskriminierung reagierten jüdische Vordenker wie der österreichisch-ungarische Publizist Theodor Herzl ihrerseits nationalistisch: nämlich mit der Idee eines Judenstaates. Zunächst war dies nur das Ziel einer kleinen jüdischen Minderheit. Erst die furchtbare Verschärfung des Antisemitismus bis hin zum Holocaust verschafften dem Programm allgemeine Rechtfertigung und massenhaften Zulauf.

Am Ort seiner Verwirklichung, in Palästina, wurde das zionistische Projekt dann vom defensiven zum offensiven. Dies war konsequent: Das Land war bereits so dicht besiedelt, wie es bei der vorherrschenden Wirtschaftsweise möglich war, und zwar zu 95 Prozent von Arabern. Die Einwanderung einer großen Zahl von Juden und die Gründung eines jüdischen Staats konnten nicht ohne massive Schädigung der einheimischen Bevölkerung erfolgen. Die Einheimischen wandten sich – ebenso konsequent – gegen das Projekt, das ihnen darum notfalls sogar mit Waffengewalt aufgezwungen werden musste. Diese Notwendigkeit formulierte der radikale zionistische Ideologe Wladimir Jabotinsky bereits 1923: „Unsere Kolonisierung muss entweder beendet oder gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung fortgesetzt werden. Diese Kolonisierung kann daher nur weitergehen und sich entwickeln unter dem Schutz einer Kraft, die von der lokalen Bevölkerung unabhängig ist – eines eisernen Schutzwalls, den die einheimische Bevölkerung nicht durchbrechen kann.“ Die zionistische Führung hielt sich an Jabotinskys Rezept, obwohl sie sonst nicht mit dem Mann einverstanden war.

Der „eiserne Schutzwall“ bestand aus den Bajonetten der Briten, welche die Araber in Schach hielten. Ab 1920 herrschte Großbritannien als Mandatsmacht – das heißt de facto als Kolonialherr – in Palästina, und mit der Balfour-Deklaration hatte sich London 1917 verpflichtet, dort die Schaffung einer „nationalen Heimstätte“ für Juden zu unterstützen. Ohne diese Unterstützung hätte das Projekt keine Chance gehabt, denn vorläufig verfügten die Zionisten nicht über eigene Machtmittel. Im Lauf der Zeit und unter dem Schirm des britischen Mandats gründeten sie ihre eigenen militärischen Verbände.

Schon bei Theodor Herzl beinhaltete das zionistische Projekt den Transfer der einheimischen Bevölkerung – den Plan, so viele Palästinenser wie möglich außer Landes zu schaffen. Je näher das Projekt seiner Verwirklichung kam, desto konkretere Gestalt nahm dieser Plan an. Bereits vor 1948 war es vorgekommen, dass palästinensische Pächter aus Ländereien, die von Zionisten erworben worden waren, vertrieben wurden. Die Gelegenheit, den Plan in großem Stil umzusetzen, ergab sich mit dem Krieg. Nun wurde das Land nicht mehr gekauft, sondern erobert und zum größten Teil entvölkert.

Von den ungefähr 900 000 Palästinensern, die auf dem Gebiet gelebt hatten, das dann der Staat Israel wurde, blieben nach dem Krieg nur noch 156 000. Die Methoden der Vertreibung waren vielfältig: direkte physische Vertreibung, massive Gewalt bei der Eroberung von Städten und Dörfern, psychologische Kriegsführung und Massaker, um die Fluchtbewegung zu verstärken. Dörfer wurden typischerweise bei ihrer Eroberung heftig beschossen und aus drei Richtungen angegriffen, um den Bewohnern die vierte Richtung als Fluchtweg zu weisen. Viele Leute, die dann nicht flohen, wurden mit vorgehaltener Waffe vertrieben oder erschossen.

Das effektivste Instrument zur Vertreibung war die Tötung von Zivilisten. Das Massaker von Deir Jassin bei Jerusalem ist das bekannteste; es war aber nur eines von vielen. Der palästinensische Historiker Saleh Abdel Jawad spricht von 68 wohldokumentierten Massakern. Das größte war das von Lydda (heute Lod), wo geschätzt tausend Zivilisten umgebracht und insgesamt 55 000 Menschen vertrieben wurden. Die Massaker waren so zahlreich und systematisch, dass man sie als Mittel einer bewussten Vertreibungspolitik ansehen muss.

Die meisten der derart entvölkerten Dörfer – mehr als 400 – wurden bald darauf zerstört, um unumkehrbare Fakten zu schaffen. Auch Städte wurden entvölkert und mit Juden besiedelt. Im Juni 1948 beschloss die israelische Regierung, keine arabischen Flüchtlinge zurückkehren zu lassen. Vier Monate später sagte der israelische Ministerpräsident David Ben-Gurion: „Die Araber Palästinas haben nur noch eine Funktion zu erfüllen – wegzulaufen.“

Wenn all das in seinen wahren Ausmaßen bekannt geworden wäre, hätte es dem Ansehen Israels im Westen, von dem es abhängig war, enorm geschadet. Also wurde es vertuscht. Die israelische Regierung behauptete, die Palästinenser seien auf Anweisung der arabischen Führer weggelaufen. So stellte es etwa Leo Kohn, hoher Beamter des Außenministeriums, 1961 dar. Diese Erzählung wurde lange im Westen akzeptiert. Erst seit den späten Achtzigerjahren stellen seriöse Historiker, auch in Israel, diese Version der Ereignisse infrage. Heute gilt sie im Wesentlichen als widerlegt.

Unmittelbare Folge der Nakba war eine Flüchtlingsbevölkerung, die im Großen und Ganzen noch heute existiert – im Westjordanland, im Gazastreifen und in den umliegenden Ländern, vor allem in Jordanien. Aber das war nicht alles. Nach der Besetzung Restpalästinas im Krieg von 1967 wurden mindestens weitere 200 000 Araber aus dem Land getrieben. Vielfältige Prozesse der politischen Unterdrückung, Einzwängung, Landbeschlagnahme und Besiedlung gibt es bis heute – in den besetzten Gebieten, aber auch im Staatsgebiet Israels selbst.

Die Nakba ist nicht Geschichte, sondern geht weiter. Allerdings wurde die Erinnerung an sie nicht prominent heraufbeschworen, als mit den ersten Stadien des Oslo-Prozesses seit 1993 eine friedliche Regelung des Konflikts in Aussicht stand. In dem Maß aber, in dem sich dieser Prozess festfraß, drängten sich auch die Altlasten des Konflikts wieder nach vorn, und die gravierendste ist eben die Nakba. Palästinenser erinnern zunehmend an sie, während das offizielle Israel darum bemüht ist, ihr Gedenken zu unterdrücken. Seit 2011 gibt es sogar ein Gesetz, das „Budget Foundations Law (Amendment No. 40)“, das allgemein „Nakba-Gesetz“ genannt wird. Es ermächtigt den Finanzminister, Organisationen, die den Tag der Gründung Israels als Trauertag begehen, staatliche Unterstützung zu entziehen. Die Nakba ist zurückgekommen und sucht erneut die Palästinenser – und Israel – heim.

Die Nakba war ein Akt massiver ethnischer Säuberung. Damit Israel entstehen konnte, wurde Palästinensern ihre Heimat genommen. Sie wurden nicht vertrieben, weil sie etwas Bestimmtes getan oder unter-

lassen hätten, sondern weil sie dem zionistischen Unternehmen im Weg waren. Stellten Ende 1946 Juden 31 Prozent der Gesamtbevölkerung des britischen Mandatsgebiets Palästina, so war ihr Anteil Ende 1948 auf 82 Prozent im Staatsgebiet Israel angewachsen. Damit war der wichtigste Schritt zur Umwandlung des arabischen Palästina in einen jüdischen Staat erreicht. Und der Prozess geht weiter.

Wenn man das zionistische Ziel als gegeben voraussetzt, geschah all das konsequent. Die Erfahrungen der Juden im 20. Jahrhundert – bis hin zum Horror des Holocaust – machen die Zustimmung für dieses Programm und seine Durchsetzung verständlich. Die in dieser Vision unabdingbare Notwendigkeit eines jüdischen Staates stellte die eigenen Interessen absolut in den Vordergrund; die Folgen für die Opfer des Prozesses wurden und werden zu meist ausgeblendet.

Dass dies zur Ablehnung Israels in der Region führen würde, haben auch leitende Zionisten früh gesehen, aber für verkraftbar gehalten. So sagte Ben-Gurion in den Fünfzigerjahren zu Nahum Goldmann, dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses: „Warum sollten die Araber Frieden machen? Wenn ich ein arabischer Führer wäre, würde ich niemals mit Israel übereinkommen. Das ist natürlich: Wir haben ihr Land genommen. Sicher, Gott hat

es uns versprochen, aber was bedeutet das für sie? Unser Gott ist nicht ihrer. Wir kommen aus Israel, das ist wahr, aber vor 2000 Jahren, und was ist das für sie? Es hat Antisemitismus gegeben, die Nazis, Hitler, Auschwitz, aber war das ihr Fehler? Sie sehen nur eins: Wir sind hierhergekommen und haben ihr Land gestohlen. Warum sollten sie das akzeptieren?“ Seine Konsequenz war: Israel muss weiter jede mögliche arabische Opposition in Schach halten – notfalls mit Panzern.

Das ist nach wie vor israelische Politik, gekoppelt mit der Behauptung, die Palästinenser und andere Araber seien allein für die Aufrechterhaltung des Kriegszustands verantwortlich – wie noch jüngst Benjamin Netanyahu vor der Uno-Vollversammlung sagte. Israel hält an der Besetzung und an der Siedlungspolitik fest, und das nicht nur zum Schaden für seine Nachbarn, sondern auch für die eigene Gesellschaft, die etwas Besseres verdient hat als das Leben mit der geografischen Isolation und der Sicherheits-hysterie, das man ihr zumutet. Um das zu ändern, wäre kräftiges Umsteuern nötig, und zwar in erster Linie von Israel selbst. Wenn man sich die politische Szene im Land anschaut, erscheinen die Aussichten darauf allerdings gering. ■

Alexander Flores ist emeritierter Professor für Wirtschaftsstatistik der Hochschule Bremen. Mehr zu seiner Vita auf Seite 74.



Flüchtlinge im Westjordanland 1948